



VON DER WIEGE BIS INS GRABE...

Israel-Fahrt

Im April war eine Delegation von Jusos aus Bremen, Braunschweig und NRW auf politischer Bildungsreise in Israel. Sie schildern ihre Eindrücke von dieser Reise, dem Land und der Situation in der Konfliktregion.

(Seite 3)

Landesorganisation

Erstmalig wurde ein neuer Landesvorstand der Jusos Bremen nicht von Delegierten sondern von allen anwesenden Mitgliedern gewählt. Den Bericht von der Landesmitgliederversammlung und die Vorstellung des neuen Landesvorstands findet ihr auf den Seiten 4 und 5.

AStA für Alle

Das unter dem Namen „Deutschlandstipendium“ bekannte nationale Stipendienprogramm der Bundesregierung ist im vergangenen Wintersemester auch an der Uni Bremen gestartet. Die Hochschulgruppe AfA übt Kritik.

(Seite 7)

Gemeinsame Aktion der Jusos Bremen-Stadt und der Jungen BAU Bremen am 1. Mai

Die Demonstration zum 1. Mai wurde dieses Jahr von uns, Jusos Bremen Stadt, mal ganz anders angegangen.

Schon zwei Monate im Voraus begann der Kontakt zwischen den Jusos Bremen Stadt und der Jungen BAU Bremen, dem Jugendbereich der Industrie Gewerkschaft Bauen Agrar Umwelt. So wurde sozusagen ein altes Bündnis aus Sozialdemokraten und Gewerkschaftern neu aufgefrischt. Die Zusammenarbeit wurde vor allem initiiert durch Nata-scha Fischer, die sowohl Beisitzerin im Landesvorstand der Jusos Bremen Stadt, als auch in der Jungen BAU Bremen ist. Nach den ersten gemeinsamen Treffen lernte man sich schnell kennen und da der 1. Mai der Tag der Arbeit ist, überließ man den jungen Gewerkschaftern die grobe Themenwahl. Auch wenn das Thema des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum diesjährigen 1. Mai „Gute Arbeit für Europa – Ge-

rechte Löhne, Soziale Sicherheit“ war, so fiel die Wahl, aufgrund der besonderen Bedeutung, gerade für die Baubranche, auf das Thema Rente mit 67. „Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass viele ArbeitnehmerInnen den Rentenbeginn mit 67 Jahren nicht schaffen können. Wo es doch gerade in Bauberufen nicht einmal jeder zweite schafft eine Rente mit 65 Jahren anzutreten. So einen Irrsinn müssen wir verhindern“ so der Bezirksjugendvorsitzende der IG BAU in Bremen und Umzu. Nach weiteren Planungstreffen, zur Abstimmung der Sprüche auf den Transparenten und unserem Auftreten wurden dann, Ende April, Transpis gemalt und die letzten Vorbereitungen getroffen, um am 1. Mai dann mit unseren Forderungen an der Kundgebung teilzunehmen.

Am Tag der Kundgebung war dann auch das Wetter ganz auf unserer Seite.

Weiter auf Seite 2.

Inhaltsübersicht

- **Leitartikel:** Von der Wiege bis ins Grabe... – 1. Mai in Bremen
Seite 1
- **Alles neu macht der Mai:** Neues MorgenRot Konzept
Seite 2
- **Delegationsfahrt nach Israel**
Seite 3
- **Landesmitgliederversammlung:** Bericht und Vorstellung des neuen Landesvorstands
Seite 4
- **Für Kitas statt Betreuungsgeld:** Familienpolitik in Bremen, Bremerhaven und im Bund
Seite 6
- **Landesparteitag der SPD**
Seite 6
- **Über den Tellerrand: What's up in Europe?**
Seite 7
- **Wahlen, Wahlen, Wahlen** in Deutschland und Europa
Seite 7
- **Impressum**
Seite 7
- **AStA für Alle Uni Bremen:** Deutschlandstipendium
Seite 9
- **Kommentar:** Günter Grass und Israel
Seite 9
- **Termine und Kontakte**
Seite 10

... Fortsetzung von Seite 1.
Und so trafen wir uns morgens im Mitgliederbüro der IG BAU, um unsere Forderungen nicht nur mit Transparenten Ausdruck zu verleihen, sondern schminkten uns auch als Zombies, trugen Arbeitskleidung und Grabsteine um den Hals. Mit diesem Auftreten wollten wir klar und deutlich zu verstehen geben, dass für die Jusos und die Junge BAU die Rente mit 67 nicht in Frage kommt. Unsere Aktion, als Zombies gegen die Rente mit 67 zu demonstrieren war auch nicht die einzige in Deutschland. Auf dieselbe Art und Weise machten auch die Kolleginnen und Kollegen der Jungen BAU Hamburg auf die

Missstände aufmerksam. Das Bündnis aus Jusos und Jungen BAUern zog vom IG BAU Büro in der Emil-Waldmann-Straße in Richtung Osterdeich. Mit zwei Transparenten, unzähligen Fahnen und unserer Verkleidung zogen wir viel Aufmerksamkeit auf uns und es gab viel positives Feedback für eine gelungenen Aktion. So bleibt nur zu hoffen, dass diese gemeinsame Aktion nur der Anfang von vielen weiteren Aktionen sein wird und wir so vieles bewegen können, denn „gemeinsam sind wir stark!“
von Malte Pertzsch (Juso und Vorsitzender der Jungen BAU Bezirksverband Land Bremen und Umzu) ●

ALLES NEU MACHT DER MAI

MorgenRot – in dieser Form, als Zeitung – gibt es ab sofort nur noch quartalsweise. Dafür bekommt ihr bald regelmäßig unseren neuen Newsletter.

Obwohl wir in acht Ausgaben von MorgenRot viele hervorragende Artikel veröffentlichen konnten, hat sich gezeigt, dass die Balance zwischen Aktualität und Qualität nicht immer leicht zu halten ist und uns für eine monatlich erscheinende Zeitung, die sowohl zeitnah informiert als auch gründlich recherchierte, verständlich und fehlerfrei dargestellte Hintergründe bietet, die personellen Kapazitäten fehlen.

Wir wollen deshalb zukünftig Aktuelles und Hintergrund trennen. In einem MorgenRot-Newsletter, der 14-tägig erscheinen soll, gemeinsam mit unserer Internetseite, wollen wir euch über Termine und Entwicklungen bei den Jusos, in der SPD und außerhalb der Partei

auf dem Laufenden halten.

Zugleich wollen wir euch viermal im Jahr mit MorgenRot, wie ihr es gewohnt seid, ausführlichere Berichte, Meinungen und Zusammenhänge liefern.

Auch bei unseren Internetauftritten tut sich etwas: In einigen Wochen werden wir die Homepages der Unterbezirke Bremen-Stadt, Bremerhaven und Bremen-Nord in die der Juso-Landesorganisation Bremen einbinden. Durch die Integration des Newsletters werdet ihr dort zukünftig regelmäßiger aktuelle Neuigkeiten finden. Vor allem aber soll ein übersichtlicherer Zugang zu Terminen und anderen Informationen geschaffen werden.

Neben der Homepage wird auch unser Auftritt bei Facebook vereinheitlicht. So wollen wir mit unserem öffentlichen Auftritt leichter gefunden werden und mehr Aktivität zeigen. ● (ag)

Am 5. April hatte eine kleine Delegation der Bremer Jusos die Chance Israel kennenzulernen. Die Reise ging gemeinsam mit den Jusos aus Braunschweig und NRW ins Willy-Brandt-Zentrum nach Jerusalem.

Das Willy-Brandt-Zentrum wurde 1996 von den Jusos, der Arbeiter-Jugend und der Shabeebah Fateh gegründet. Wir haben das WBC als eine besondere Jugendinitiative kennengelernt, welches einen friedlichen Begegnungsraum für Menschen aus Israel und Palästina schafft. Im WBC arbeiten VertreterInnen der politischen Organisationen aus Israel, Palästina und Deutschland solidarisch miteinander zum Konflikt und der politischen Situation in der Region.

In dieser Woche durften wir die ProjektspartnerInnen auf israelischer und palästinensischer Seite kennenlernen, aber auch Einblicke in die Projekte sammeln.

Die ersten Tage der Delegationsfahrt haben wir uns mit den Aktiven in der Westbank getroffen. Wir haben erlebt, wie bedrückend die Situation in Hebron ist, wo seit mehr als 30 Jahren israelische Siedler wohnen, und wie es in den



Flüchtlingslagern ist. Aber wir haben auch die Universität in Nablus kennengelernt und haben mit VertreterInnen von Partnerorganisationen, Studierenden und Jugendlichen über die Siedlungen und ihre Erlebnisse im Konflikt diskutiert.

Nach den Tagen in der Westbank haben wir uns in Israel unter

DELEGATIONSFAHRT NACH ISRAEL

anderem mit TeilnehmerInnen und OrganisatorInnen der sozialen Proteste getroffen, die letztes Jahr aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten zeitweise über eine halbe Million Teilnehmer hatten. Außerdem haben wir die bedeutende Holocaust-Gedenkstätte Yad



Vashem in Jerusalem besucht. Anschließend haben wir im Willy-Brandt-Zentrum gemeinsam mit jungen Israelis einen Workshop über die Geschichte und die Gegenwart gemacht. Wir haben in dem Workshop darüber diskutiert, wie heutzutage in Israel und Deutschland damit umgegangen wird.

Bei allen diesen Programmpunkten und Workshops haben wir viele Einblicke gewonnen, die wir auf anderem Wege nie bekommen hätten. Gleichzeitig haben

wir mit Jugendlichen gearbeitet und geredet, die versuchen gemeinsam an einer besseren Situation für die Menschen in beiden Gebieten zu arbeiten und Perspektiven zu schaffen. Leider sind diese Positionen nicht mehrheitsfähig, sodass es ein langer Weg bleibt, den die Jugendlichen zu-

rücklegen müssen – vor allem in Anbetracht von Gegenbewegungen, wie der Antinormalisierungsbewegung in Palästina, die den Dialog abbrechen will, da es in den letzten Jahren kaum Verbesserungen für die Menschen in Palästina gab.

Vor allem haben wir gemerkt, dass die Arbeit, die das Willy-Brandt-Center als Ort der Begegnung in dieser Region leistet, trotz der schwierigen Umstände und geringen Mittel von unschätzbarem Wert ist. Weitere Informationen dazu findet ihr unter www.willybrandtcenter.org.

Unser Dank geht an Adi, Rebekka, Maya und vor allem Christoph vom Willy-Brandt-Center für das tolle Programm, die umfassende Betreuung und eine unvergessliche Woche! Außerdem an Margo, die uns im Willy-Brandt-Center versorgt hat und an Judith Klose vom Juso-Bundesbüro, die uns sehr bei der Organisation unterstützt hat.

Die Reise wurde gefördert aus Mitteln von ConAct, dem Kinder- und Jugendplan des BMFSFJ und durch die SPD Landesorganisation Bremen. ● (lw, rk)

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 21. April wurde ein Landesvorstand zum ersten Mal direkt von allen Mitgliedern gewählt.

Ganz ohne Delegierte haben wir auf der Landesmitgliederversammlung unsere Vorhaben beschlossen und vorgemacht, wie wir künftig arbeiten wollen: gemeinsam! Gemeinsam mit allen Mitgliedern wollen wir im Landesvorstand neue Energie freisetzen: unsere inhaltliche Arbeit vertiefen, unsere Außendarstellung überarbeiten und die Kommunikation mit den Mitgliedern verbessern.

Nur als schlagkräftiger Verband, mit vielen gut eingebundenen Engagierten, können wir erfolgreich für ein solidarisches Land Bremen kämpfen. Dafür steht uns viel Arbeit bevor. Wir brauchen den KiTa-Ausbau für alle Stadtteile, damit Bildung für Alle schon bei den Kleinsten beginnt. Wir brauchen die Zivilklausel im Hochschulgesetz, um Rüstungsforschung an unseren Hochschulen entgegenzutreten. Und wir brauchen eine abgestimmte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, die konsequent prekäre Beschäftigung zurückdrängt.

Das können natürlich nur erste Schritte sein. Die Liste der Dinge, die sich in unseren Städten ändern muss, ist weit aus länger. Wir Jusos sind in der Verantwortung, solidarische Lösungsansätze innerhalb und außerhalb der SPD vorzubringen. Dafür haben wir viel zu tun. Lasst uns loslegen.

Mit sozialistischen Grüßen
Euer Falk



Falk Wagner

Landesvorsitzender
der Jusos Bremen

Zur ersten Landesmitgliederversammlung überhaupt in Bremen hatten 51 Jusos den Weg gefunden um das Arbeitsprogramm für die nächsten zwei Jahre zu verabschieden und einen neuen Landesvorstand zu wählen.

Zum Auftakt der Mitgliederversammlung stellten die KandidatInnen für den Landesvorstand sowie weitere Koautoren des Arbeitsprogramms gemeinsam die Schwerpunkte aus den Bereichen



Bildung, Kinderbetreuung, Nahverkehr, Arbeit, Asyl- und Flüchtlingspolitik, Demokratie, Wirtschaft und Umwelt, Internationales und Europa, Mitgliederbetreuung sowie Öffentlichkeitsarbeit vor. Nachdem das Programm in einigen Details noch verbessert und erweitert wurde, nahm die Landesmitgliederversammlung es einstimmig an.

Bei den anschließenden Wahlen wurde Falk Wagner mit 43 Ja-Stimmen bei je zwei Nein-Stimmen und Enthaltungen zum Landesvorsitzenden gewählt. Er folgt damit auf Sarah Ryglewski, bei der sich der neu gewählte Vorstand für

LANDESMITGLIED- ERVERSAMMLUNG

die langjährige Arbeit mit den und für die Jusos bedankte.

Als Stellvertreter wurden Kevin Lenkeit aus Bremerhaven, Raik Borsdorf aus Bremen-Nord sowie Kerstin Vennemeyer aus Bremen-Stadt gewählt. Natascha Fischer, Janne Herzog, Nesrin Nasser, Steffen Niehaus und Stefan Weger vervollständigen den Landesvorstand als Beisitzer.

Nach den Delegiertenwahlen zum Landesparteitag und dem Juso-Bundeskongress, standen schließlich auch noch inhaltliche Anträge auf

der Tagesordnung. Beschlossen wurden unter anderem eine Positionierung der Jusos Bremen zur Kinderbetreuung und drei Anträge an den Landesparteitag (siehe Randspalte Seite 6).

Wie jede anständige Juso-Versammlung endete auch diese mit der Internationalen. Völker hört die Signale... ● (ag)



Der neue Landesvorstand der Jusos Bremen

Kevin Lenkeit

Ich bin 26 Jahre alt und komme Bremerhaven. Ich bin Student des Masterstudienganges Komplexes Entscheiden an der Universität Bremen. Seit mehr als 6 Jahren bin ich bei den Jusos in Bremerhaven und Bremen aktiv und seit der Kommunalwahl 2011 auch Jugendpolitischer Sprecher für die SPD-Fraktion in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung. Ich freue mich auch in den kommenden zwei Jahren Politik für junge Menschen im Juso-LaVo mit zu gestalten und weiter Erfahrungen zu sammeln.



Raik Borsdorf

Ich bin 23 Jahre alt und seit der letzten Landesmitgliederversammlung neuer stellvertretender Landesvorsitzender der Jusos Bremen.

Ich studiere mittlerweile im sechsten Semester Politikwissenschaften an der Uni Bremen. Bei den Jusos bin ich seit Juni 2009 aktiv, zudem bin ich seit 2 Jahren Vorsitzender im Unterbezirk Bremen Nord. Zu meinen politischen Kernpunkten gehört neben der Innenpolitik vor allem der Kampf gegen Rechts, für den ich mich in den kommenden 2 Jahren besonders einsetzen möchte.

Kerstin Vennemeyer

Ich bin 22 Jahre alt und studiere an der Universität Bremen Fachbezogene Bildungswissenschaften.

Seit Ende April bin ich stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos im Land Bremen. Im Landesvorstand werde ich meine Schwerpunkte bei den Themen Bildung, Antirassismus, Feminismus und Inneres setzen. Im Bereich Inneres liegen mir besonders das Themengebiet der Asylpolitik am Herzen. Für Fragen und Anregungen stehe ich euch gerne zur Verfügung!



Natascha Fischer

Ich bin 27 Jahre alt und studiere den Master Sozialpolitik an der Uni Bremen.

Ursprünglich komme ich aus einer typischen Arbeiter- und Gewerkschafterfamilie, trat 1998 in die IG BAU ein und bin seitdem dort politisch aktiv. 2007 wurde ich Mitglied der SPD, denn mir ist es wichtig, dass die Arbeitnehmerschaft in der Partei wieder mehr wahrgenommen und vertreten wird. Darum sind meine Schwerpunkte die Arbeits- und Bündnispolitik, um zusammen unsere Ziele für mehr Solidarität und ein besseres Leben voranzutreiben.

Stefan Weger

Ich bin 25 Jahre alt, und neben meinem Engagement als Mitglied des Juso-Landesvorstandes zurzeit noch AStA Vorsitzender an der Uni Bremen, wo ich auch studiere. Daneben bin ich auch stellv. Vorsitzender des Kreisjugendwerks der AWO. Die Schwerpunkte meines Engagements bei den Jusos liegen vor allem in der Wirtschafts- und Finanz-, sowie der Hochschulpolitik. Dabei folge ich im Regelfall eher meinen sozialistischen Überzeugungen, denn irgendeiner parteipolitischen Linie. In diesem Sinne: Glückauf!



Janne Herzog

Ich bin 25 Jahre alt, studiere „Öffentliches Management“ an der Uni Kassel und arbeite in der Senatskanzlei Bremen. Bei den Jusos und in der SPD bin ich seit 2002 aktiv – zunächst in Niedersachsen und seit 2009 in Bremen – bei den Jusos Bremen-Stadt und kommunalpolitisch als sachkundige Bürgerin im Beirat Östliche Vorstadt. Meine Themenschwerpunkte im Landesvorstand sind die Bereiche „Mitglieder“ und „Soziales“ – hier liegt mir die Kinderbetreuung und das StadtTicket besonders am Herzen – sowie die Vernetzung der Jusos in der Metropolregion. Es gilt, gemeinsam viel zu bewegen!

Nesrin Nasser

Ich bin relativ neu bei den Jusos, weshalb mich vermutlich noch nicht allzu viele kennen.

Zurzeit bin ich Abiturientin am Hermann Böse Gymnasium in Bremen und eines der Versuchskaninchen, die ihr Abitur nach 12 Jahren machen dürfen. Zudem bin ich im Vorstand des OV-Walle tätig, Sprecherin bei der JSG-Bremen-Stadt und ehrenamtlich für die Johanniter und den DKSB tätig. Ich freu mich auf eine kreative und erfolgreiche Arbeit im Landesvorstand der Bremer Jusos.



Steffen Niehaus

Ich bin 23 Jahre alt und studiere Jura an der Uni Bremen.

Seit 2006 bin ich in der SPD und bei den Jusos aktiv. Zurzeit engagiere ich mich kommunalpolitisch in Huchting als ordentliches Beiratsmitglied, leite stellvertretend den Ortsverein Huchting und bin Mitglied im SPD Unterbezirksvorstand. Meine Themen sind Demokratieausbau, Partizipation und Innenpolitik. „Die Sicherheit darf die Freiheit nicht ausspielen“.

Links&bündig

Landesparteitag der SPD

Der Landesparteitag der Bremer SPD fand am 12. Mai in Vegesack statt und war aus Juso-Sicht ein voller Erfolg. Andreas Bovenschulte, SPD-Landesvorsitzender, wurde mit einem eindrucksvollen Ergebnis von 95 % wiedergewählt. Von den Jusos kandidierten Sarah Ryglewski, die dieses Amt schon in den letzten zwei Jahren innehatte, als stellvertretende Vorsitzende und Lena Weber als Beisitzerin. Beide wurden mit guten Ergebnissen gewählt.

Ganz besonders erfreulich verlief die Antragsberatung, wo wir uns mit allen drei Juso-Anträgen durchsetzen konnten.

Unser Antrag für ein NPD-Verbot und gegen eine selektive Einschränkung der Parteienfinanzierung, die auch gegen demokratische Parteien gewendet werden kann, wurde angenommen, wie vom Landesvorstand empfohlen.

Angenommen wurde auch der Antrag für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der seinem Grundversorgungsauftrag auch im Netz gerecht werden kann – einschließlich der Forderung, dass öffentlich-rechtliche Produktionen mittelfristig als „Open Content“ zur nicht-kommerziellen Nutzung veröffentlicht werden.

Zuletzt wurde unser Antrag gegen ein Leistungsschutzrecht für Presseerzeugnisse nicht wie vom Landesvorstand empfohlen überwiesen, sondern als Antrag an den Parteikonvent angenommen.

Alle Beschlüsse des Landesparteitags findet ihr hier: <http://bit.ly/J7Qorf>

FÜR KITAS STATT BETREUUNGSGELD!

Geht es nach dem Willen der schwarz-gelben Koalition, erhalten Eltern ab Sommer 2013 zunächst 100 Euro, wenn Kleinkinder zu Hause statt in einer Krippe betreut werden. Diese Fernhalteprämie verhindert eine frühe Förderung von Kindern und bindet Mittel, die für den KiTa-Ausbau dringend benötigt werden. Um das Betreuungsgeld zu verhindern, hat der Bremer Juso-Landesvorstand Ende April eine Kampagne beschlossen, die am 1. Juni starten soll.

den die schwarz-gelben Koalitionäre wenig später einmütig bereuten. Auf weitaus stärkeren Widerspruch stoßen nun die insbesondere von der CSU vorangetriebenen Pläne für ein Betreuungsgeld. Neben WissenschaftlerInnen und FachpolitikerInnen lehnt auch eine deutliche Mehrheit der Öffentlichkeit die Fernhalteprämie ab. Innerhalb der Koalition haben sich zahlreiche CDU- und FDP-Abgeordnete von dem Vorhaben distanziert. Gleichzeitig lässt der konkrete Gesetzesentwurf aus dem CDU-geführten Familienministerium auf sich warten.

Die schwarz-gelbe Zerstrittenheit macht Hoffnung. Doch eine Verschiebung reicht uns Jusos nicht. Wir wollen das Betreuungsgeld verhindern und stattdessen den KiTa-Ausbau in Bremen und Bremerhaven voranbringen. Im Zuge einer mehrstündigen Präsenz am Internationalen Kindertag werden Jusos in Bremerhaven, Bremen-Nord und Bremen-Stadt Unterschriften der BürgerInnen für KiTas statt Betreuungsgeld sammeln.



Manch einer mag sich an die unsinnige Mehrwertsteuersenkung für Hoteliers erinnern fühlen. Gegen den erbitterten Widerstand von ExpertInnen und der eigenen Parteibasis durchgesetzt, entpuppte sich die Senkung als Bumerang,

Denn für uns Jusos steht fest: die von der Bundesregierung geplante Einführung eines Betreuungsgeldes trägt nicht dazu bei, die Lebenssituation von Familien in Deutschland zu verbessern. ● (sv)

Wahlen in Frankreich, Krise in Griechenland und Fußball Europameisterschaft in Polen und der Ukraine – jeden Tag können wir über die wichtigsten Geschehnisse in Europa lesen.

Doch was passiert eigentlich genau bei unseren sozialdemokratischen GenossInnen in Europa und womit beschäftigt sich die ECOSY? Welche Themen bewegen zum Beispiel Jungsozialistische Gruppen in Polen oder Belgien und wie verhält sich die PES bei Entscheidungen in der Europäischen Union? Kurzum: Was bewegt SozialdemokratInnen in Europa?

Deswegen soll es an dieser Stelle nun regelmäßig einen kurzen Ausflug nach Europa geben, der uns ein bisschen mehr Einblick in die Arbeit unser MitstreiterInnen geben soll und uns einfach mal über den eigenen

Europa hat gewählt, nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Wo das Volk sonst noch gefragt wurde:

Schleswig-Holstein

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai brachte ein durchwachsenes Ergebnis. Nach dem Saarland und Berlin ist es die dritte Wahl in Folge, in der die SPD deutlich hinter den prognostizierten Umfragewerten zurückbleibt.

Die CDU kam nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis auf 30,8 % der Stimmen, die SPD erhielt 30,4 %. Die Grünen erzielten 13,2 %, die FDP erreichte überraschend starke 8,2 %. Mit demselben Wert wie die FDP ziehen die Piraten erstmals in den Schleswig-Holsteinischen Landtag ein. Der SSW bekam 4,6 % der abgegebenen Stimmen.

ÜBER DEN TELLERRAND: WHAT'S UP IN EUROPE?

Tellerrand schauen lässt.

Die PES spricht sich übrigens gegen das ACTA-Abkommen aus

und wird am Internationalen Aktionstag gegen ACTA am 9. Juni teilnehmen. ● (pl)

PES

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE; engl. PES – Party of European Socialists) ist eine europäische politische Partei, die sich aus mehreren sozialistischen, sozial-demokratischen Parteien sowie Arbeiterparteien zusammensetzt. Sie wurde 1992 in Den Haag gegründet und hat mittlerweile 34 Mitglieder aus allen 27 Mitgliedsstaaten der EU sowie Norwegen.

www.pes.org

ECOSY

Die Young European Socialists (dt.: „Junge Europäische Sozialisten“) vereinen die sozialistischen und sozialdemokratischen Jugendbewegungen in der Europäischen Union, Zentral und Osteuropa sowie der mediterranen Länder Europas. Die Organisation wurde parallel zur PES in Den Haag gegründet und umfasst 32 Mitgliederorganisationen.

www.youngsocialists.eu

WAHLEN, WAHLEN, WAHLEN

Für rot-grün reicht es nicht, mit dem SSW reicht es jedoch für eine Schleswig-Holstein-Ampel.

Thüringen

Bei der Wahl der Oberbürgermeister und Landräte am 22. April und für die Stichwahlen am 6. Mai erreichte die SPD im Schnitt 23,8 % und konnte sich somit deutlich von den Linken (15,3 %; 2009: 20,7 %) absetzen. Die CDU erreichte 33,8 %. Grüne (3 %) und FDP (1,1 %) rangierten unter „Sonstige“, wobei freie Wählervereinigungen 23 % der Stimmen auf sich vereinen konnten.

Die SPD verlor jedoch die Oberbürgermeisterwahl in Eisenach krachend, der Amtsinhaber kam

nur auf den dritten Platz. Auch der sozialdemokratische Oberbürgermeister Geras musste sich seiner CDU Gegenkandidatin geschlagen geben. Andererseits gelang die Wiederwahl der SPD-Kandidaten in Erfurt und Weimar.

Beachtlich ist diese Kommunalwahl aber, weil der SPD Landesvorstand für die Stichwahlen eine klare Wahlempfehlung für die Linke ausgab (und umgekehrt), obwohl die SPD in einer Großen Koalition mit der CDU regiert. Auf diese Weise gibt es in Thüringen erstmals seit vielen Jahren wieder mehr linke Landräte und Oberbürgermeister (SPD 6, Linke 4) als von der CDU (9).

... Fortsetzung nächste Seite

Frankreich

Am 22. April gewann der Sozialist François Hollande im ersten Wahlgang gegen Nicolas Sarkozy mit 28,6 zu 27,2 %. Bedenklich sind die 17,9 % der Wähler, die für die rechtsextreme Kandidatin der Front Nationale, Marine Le Pen, gestimmt haben. Der Kandidat der Linksfrente, Mélenchon, erhielt 11,1 % der Stimmen.

Am 6. Mai gewann Hollande den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl knapp mit 51,6 zu 48,3 % der Stimmen. Hollande, der mit einem für bundesrepublikanische Verhältnisse relativ linken Programm angetreten ist, ist erst der zweite sozialistische Präsident Frankreichs seit dem zweiten Weltkrieg nach Mitterand. Der gewann mit einem ehrgeizigen, sozialistischen Programm Anfang der 80er Jahre. Er musste seine umfangreichen Verstaatlichungsmaßnahmen bereits nach zwei Jahren auf Druck der internationalen Märkte rückgängig machen.

Griechenland

Die Wahlen in Griechenland am 6. Mai waren ein Debakel für die beiden großen Parteien. Die vormals stärksten Sozialisten (PASOK) stürzten von 44 auf 13,2 %. 2009 hatten die Sozialisten noch allein die Mehrheit im Parlament erreicht. Die konservative „Neo Democratia“, die vor den Sozialisten durch Steuersenkungen für Reiche maßgeblich zur griechischen Finanzkrise beigetragen hatte, hatte sich große Hoffnungen auf den Sieg gemacht. Sie stürzte jedoch ebenfalls ab, wurde aber mit 18,9 % stärkste Kraft. Die radikale Linke (SYRIZA) erlangte 16,8 %. Vier weitere kleinere, teils kommunistische, teils faschistische Parteien sind im neuen

Parlament vertreten. Nach dem Scheitern der Regierungsbildung finden am 17. Juni Neuwahlen statt.

Großbritannien

In Großbritannien finden jedes Jahr Kommunalwahlen statt. Es wird jedoch immer nur in etwa einem Drittel aller Kommunen um ein Drittel der Plätze im Kommunalparlament gewählt. Auch hier sind die Städte in Wahlkreise eingeteilt, in denen nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt wird. Es kann also in einem Stadtrat höchstens eine Verschiebung um 33 % geben, die anderen Sitze bleiben erhalten. Die „Labour Party“, 2010 bei den nationalen Wahlen beinahe vernichtend geschlagen, wurde am 3. Mai 2012 mit 38 % stärkste Kraft und erlangte 2159 Direktmandate, wobei sie 823 davon anderen Parteien abnahm. Die „Conservative-Party“ erlangte 31 Prozent, erhielt damit nur 1006 Mandate und verlor 405. Die „Liberal Democrats“ erhielten 16 %, errangen 431 Mandate und verloren 336.

Wichtig für die „Labour Party“ war, dass sie die Mehrheit im schottischen Glasgow halten und ausbauen konnte und einige Städte im konservativen Süden erobern konnte.

England allein hat immer eine konservative Mehrheit im britischen

Mehrheitswahlrechtssystem. Damit eine nationale Labour-Regierung gewinnen kann, muss sie eine deutliche Mehrheit in Schottland und Wales erringen. In Schottland wurde die „Labour“-Partei im vergangenen Jahr heftig von der „Schotish National Party“ geschlagen, die für eine Unabhängigkeit Schottlands eintritt. Das „Halten“ Glasgows hat den Vormarsch der Nationalisten (mit sehr sozialem Profil) gestoppt.

In der landesweiten Wahl 2010 verlor die „Labour“-Partei fast den ganzen, konservativen Süden des Landes. Dass sie nun einige Städte dort mehrheitlich gewinnen konnte, wird als Zeichen dafür gewertet, dass die „Labour“-Partei wieder Chancen hat, die Konservativen auf nationaler Ebene zu schlagen.

Obwohl die „Labour Party“ die Mehrheit im Londoner Stadtparlament erringen konnte, wurde der Konservative Boris Johnson mit deutlicher Mehrheit zum Bürgermeister gewählt. Das liegt in erster Linie jedoch daran, dass Johnson extrem beliebt ist und sein Gegenkandidat Kevin Livingstone ein „Altlinker“ ist, der bereits Ender der 70er Jahre als Vorsitzender des Londoner Stadtparlaments Margaret Thatcher Paroli bot und 2008 als Londoner Bürgermeister bereits einmal gegen Johnson verlor. ● (mw)

Impressum

Herausgeberin:
Jusos in der SPD –
Landesorganisation Bremen
Obernstr. 39–43, 29195 Bremen
www.jusos-bremen.de

V.i.S.d.P.: Falk Wagner

Autoren: Jan Cloppenburg, André Großardt, René Kieselhorst, Pia Liepe, Malte Pertzsch, Sebastian Vogt, Lena Weber, Martin Weinrich

Bildnachweis: Marlene Stitz (Titel), Lena Weber (S. 3), Sarah Ryglewski (S. 4), Jusos in der SPD (S. 6)

Redaktion und Layout: Jan Cloppenburg, André Großardt, Pia Liepe, Sebastian Vogt.

Ihr erreicht die Redaktion via morgenrot@bremer-jusos.de

ASTA FÜR ALLE: DEUTSCHLAND-STIPENDIUM

Zum Wintersemester 2011/12 hat die Universität Bremen 76 Stipendien im Rahmen des so genannten Deutschland-Stipendiums vergeben. Diesen Winter sollen es 180 werden.

Was ist das Deutschland-Stipendium?

Der Bund hat das Programm 2011 neu eingerichtet, um „begabte und leistungsfähige Studierende“ zu unterstützen und will so dem Fachkräftemangel entgegenwirken, so das Bundesbildungsministerium. Langfristig sollen acht Prozent der Studierenden ein Stipendium erhalten. Das heißt, sie bekommen monatlich 300 Euro, die sich private Spender und der Bund hälftig teilen.

Unsere Kritik

Mit der Einbeziehung privater Stifter zieht sich der Bund ein Stück aus der Bildungsfinanzierung zurück. Das Programm wurde von der schwarz-gelben Regierung als großartige Innovation und Bildungsinvestition gefeiert. Tatsächlich aber wird damit sogar Geld gespart, weil gleichzeitig nicht mehr die besten eines Jahrgangs einen Teil ihrer BAföG-Schulden erlassen bekommen.

Das Programm verstärkt soziale Ungleichheiten, weil es denen Geld gibt, die es in den meisten Fällen gar nicht brauchen. Studierende aus Arbeiterfamilien, die meist nicht die besten Noten erreichen bräuchten die Unterstützung viel dringender.

Darüber hinaus belastet es die Hochschulen mit einem immensen Verwaltungsaufwand. Diese

müssen nämlich nicht nur Auswahl ihrer Stipendiaten durchführen, sondern auch die privaten Stifter einwerben, was viel Zeit und Geld kostet. Die Uni Bremen musste über 1 000 Unternehmen und Einrichtungen anschreiben, um insgesamt 177 Stipendienjahre einwerben zu können, und wurde damit weiter zum Bittsteller der Bremer Wirtschaft degradiert.

Was wir erreicht haben und fordern

Zwar haben wir nicht verhindern können, dass die Uni das Programm umsetzt, doch wir haben bei der Ausgestaltung darauf geachtet, dass soziale, familiäre und persönliche Umstände bei der Vergabe der Stipendien berücksichtigt werden. Der Stipendienrat, der die StipendiatInnen auswählt, wurde mit jeweils drei Profs und Studis paritätisch besetzt und das Engagement der Studierenden wurde stärker gewichtet.

Grundsätzlich lehnen wir das Programm weiterhin ab. Durch ein ausreichendes und flächendeckendes BAföG sollten, die sich bilden wollen, die Chance dazu gegeben werden. Ein schmales und zudem aufwendiges Förderungsprogramm wie das Deutschland-Stipendium verstärkt nur die sozialen Ungleichheiten zwischen den Menschen.

Außerdem sollen auch weiterhin StifterInnen und StipendiatInnen nicht einander zugeordnet werden. Studierenden sollen bei ihrer Studienplanung sie nicht von Unternehmen beeinflusst werden können. ● (jc)

Günter Grass und Israel

ein Kommentar von Tobias Thölken

Israel bedroht den Weltfrieden. So sieht es Günter Grass in seinem Gedicht „Was gesagt werden muss“. Das politische Gedicht schlug ein wie eine Bombe und sorgte für eine riesige Welle der Empörung.

Zugegeben, eines kann man an diesem Gedicht kritisieren: Mancher Brief vom Finanzamt ist in einer lyrischeren Sprache verfasst als Grass' „Was gesagt werden muss“. Warum die Ikone der deutschsprachigen Literatur ausgerechnet die Gedichtform für die Botschaft wählte, die er unbedingt verkünden musste, das bleibt wohl sein Geheimnis.

Und dennoch sind die Reaktionen in den Medien nicht einfach nur unangemessen, sondern geradezu beängstigend. Ob in der FAZ, der Frankfurter Rundschau oder in der WELT, wo Berufspolemiker Broder sein rhetorisches Nuklearwaffenarsenal gegen Grass zu Felde führte, überall war man entsetzt. Auch die Parteien gingen auf Distanz, selbst die SPD, deren langjähriges Mitglied Grass gewesen ist. Nur Wolfgang Gehrcke von der LINKEN nahm den Nobelpreisträger vor der Kamera in Schutz.

Manche waren gnädig und attestierten ihm, die Lage in Nahen Osten missverstanden zu haben. Andere nannten ihn einen Antisemiten und zeigten sich erschüttert. Dabei hatte Grass weder dem jüdischen Volk pauschal Fanatismus noch Kriegstreiberei unterstellt, er hatte lediglich darauf hingewiesen, dass Israels aggressives Gebahren und die die wahn-sinnigen Pläne von einem Militärschlag gegen den Iran pures Gift sind für den Frieden in der ganzen Region.

Ein Krieg zwischen Iran und Israel muss unter allen Umständen verhindert werden. Was für Langzeitfolgen er nach sich ziehen würde ist unabsehbar, vermutlich will man sie sich gar nicht ausmalen.

Fakt ist, dass die Medien schon seit langem gerne darauf hinweisen, dass Irans durchgeknallte Führer das Existenzrecht Israels infrage stellen, sich aber darüber ausschweigen, dass hochrangige israelische Politiker genau so martialisch über den Iran sprechen. Letztendlich ist das Kriegsapologetik. Und das ist das eigentlich Erschütternde an der ganzen Geschichte.

Du hast selbst einen Kommentar zu einem Thema? Schreib uns deine Meinung an morgenrot@bremer-jusos.de.

Termine

- 22. Mai 2012**
Offene Landesvorstandssitzung der Jusos Bremen, 19 Uhr im SPD-Fraktionsbüro (Wachtstr. 27/29)
- 24. Mai 2012**
Mitgliederversammlung UB Bremen-Stadt, 19 Uhr im SPD-Fraktionsbüro, Thema: Nahost-Konflikt
- 31. Mai 2012**
Listentreffen von AStA für Alle, Uni Bremen, 20 Uhr, voraussichtlich im Bandonion (oben, Gertrudenstr. 37)
- 1. Juni 2012**
Betreuungsgeldkampagne der Jusos Bremen (Verteilung von Infomaterialien, Unterschriften gegen das Betreuungsgeld sammeln) am Internationalen Kindertag
- Bremen-Stadt: 10–18 Uhr, Eingangsbereich des Hauptbahnhofs Bremen
Bremen-Nord: 13–18 Uhr, Gerhard-Rohlf's-Straße, im Bereich der Sparkasse
Alle Jusos können mitmachen und sich engagieren.
- 1. bis 3. Juni 2012**
Seminar „Feminismus für Fortgeschrittene“ der Netzwerkstelle Feminismus. Anmeldung bis 24. Mai bei Julia (julia.maas@spd.de) im Bundesbüro
- 7. Juni 2012**
Mitgliederversammlung UB Bremen-Stadt, 19 Uhr, voraussichtlich im Bandonion (oben, Gertrudenstr. 37)
- 9. bis 10. Juni 2012**
Fachkonferenz zum Thema Wirtschaft in Springe. Anmeldung bis 31. Mai unter www.jusos.de
Direkter Link zur Anmeldung: <http://bit.ly/INL2HQ>
- 14. Juni 2012**
Listentreffen von AStA für Alle, Uni Bremen, 20 Uhr, voraussichtlich im Bandonion (oben, Gertrudenstr. 37)
- 21. Juni 2012**
Mitgliederversammlung UB Bremen-Stadt, 19 Uhr, voraussichtlich im Bandonion (oben, Gertrudenstr. 37)
Thema: Netzpolitik und Urheberrecht

Kontaktdaten

Landesorganisation

www.jusos-bremen.de
Falk Wagner (falk.wagner@jusos-bremen.de)

Unterbezirk Bremen-Stadt

www.bremer-jusos.de
Lena Weber (weber@jusos-bremen-stadt.de)

Unterbezirk Bremerhaven

Kevin Lenkeit (kevin.lenkeit@spd-bremerhaven.org)

Unterbezirk Bremen-Nord

www.jusos-bremen-nord.de
Raik Borsdorf (borsdorf@jusos-bremen-nord.de)

AStA für Alle (Uni Bremen)

www.asta-fuer-alle.info
Elena Reichwald (elena@asta-fuer-alle.info)

Juso Hochschulgruppe (HS Bremen)

www.jusoshsbremen.wordpress.com
Sherin Wanning (wanning@jusos-bremen-stadt.de)

Juso SchülerInnen

Sercan Alkaya (schueler@bremer-jusos.de)